

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Der Kursaal geht in den Winterschlaf

Stadt Bern Daniel Buser, VR-Präsident der Kongress + Kursaal Bern AG, erklärt im Interview, warum der Kursaal bis im Januar gleich komplett dichtmacht. **Seite 4**

Welt erobern zum Zweiten

Musik Sirens of Lesbos hatten bereits einen Ibiza-Hit. Nun will die Berner Band mit neuer Musik die internationale Karriere ein zweites Mal lancieren. **Seite 25**

ANZEIGE

WIR UNTERSTÜTZEN FRANZISKA TEUSCHER

THERESE FRÖSCH
Präsidentin Spitex Bern

LENI ROBERT
ehem. Erziehungsdirektorin Kt. Bern

RAIMUND RODEWALD
GL Stiftung Landschaftsschutz Schweiz

FELIX WOLFFERS
ehem. Leiter Sozialamt Stadt Bern

2x auf Ihre Gemeinderatsliste

AZ Bern, Nr. 260 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 4°/9°
Der Hochnebel mit Obergrenze auf 1000 bis 1200 m kann sich etwas auflockern.

Morgen 3°/9°
Es gibt Nebel bis auf rund 800 m, eine Auflösung ist tagsüber möglich.

Wirtschaftsdirektor Ammann fordert Bund zu Notrecht auf

Kanton Bern «Der Bundesrat muss erneut die ausserordentliche Lage ausrufen», sagt SP-Regierungsrat Christoph Ammann. Dies, um eine drohende Konkurswelle zu stoppen.

Quentin Schlapbach

Der Bundesrat drückt aufs Gas – könnte man jedenfalls meinen. Am Mittwoch hat er eine Verordnung in die Vernehmlassung geschickt, die angeschlagenen Unternehmen zu Hilfe eilen soll. 200 Millionen Franken will er dafür aufwenden. Lediglich zehn Tage haben die Kantone Zeit, um zu der Vorlage Stellung zu neh-

men. Auch sie müssen sich gemäss der Verordnung zur Hälfte an den Kosten beteiligen.

Der Berner Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann hat sich seine Meinung bereits gebildet. Er hält die Bundesverordnung angesichts der heutigen Situation für unbrauchbar. «Der Finanzrahmen, wie er diese Woche vom Bundesrat definiert worden ist, wäre bloss ein Tropfen auf

den heissen Stein», so Ammann. Nicht nur sei der Gesamtbeitrag viel zu tief. Auch das vermeintlich schnelle Tempo reiche bei weitem nicht aus. «Unter diesen Härtefällen gibt es Betriebe, die Soforthilfe erwarten. Das heisst Auszahlungen noch im Jahr 2020.»

Christoph Ammann fordert vom Bundesrat deshalb, dass er die Covid-Kreditlösungen vom

letzten Frühling wieder reaktiviert. «Der Bundesrat müsste erneut die ausserordentliche Lage ausrufen», sagt Ammann. Angesichts der dramatischen Situation für die Wirtschaft sehe er keine andere Lösung. «Nur der Bund kann mit dem nötigen Tempo und der erforderlichen Wirkung handeln», so Ammann. Es drohen sonst in vielen Branchen Konkurse. **Seite 3**

Zwist unter Gutachtern

Blausee Seit gestern liegt ein zweites Gutachten zum illegal abgelagerten Schotter aus dem Lötschberg-Scheiteltunnel vor. Das eine stammt von Hans Rudolf Keusen, das andere von der Firma Geotest. Das Spezielle an der Situation: Jahrelang war Keusen untrennbar mit Geotest verbunden. Er hat das Unternehmen als Geschäftsleiter und Verwaltungsrat zu einem der führenden Geologiebüros des Landes gemacht. Auch nach seiner Pensionierung blieb er Geotest treu – bis zum Fall Blausee. Während Keusen für die Fischzuchtbesitzer rund um Stefan Linder arbeitet, hat Geotest ein Mandat von Vigier als Steinbruchbetreiberin. Im gestern veröffentlichten Bericht von Keusen kritisiert der 79-Jährige das Geotest-Gutachten scharf. So findet er es etwa nicht nachvollziehbar, weshalb seine ehemaligen Kollegen zum Schluss kommen, eine Gefährdung des Grundwassers sei vom deponierten Material nicht ausgegangen. Das Gegenteil sei der Fall. Geotest weist die Vorwürfe zurück. (mah) **Seite 2+3**

Heute

Über 5000 Franken für einen Vorstoss

Köniz Wie viel kostet die Bearbeitung der Vorstösse, die im Parlament eingereicht werden? Das wollten SVP und FDP von der Verwaltung wissen. Die Antwort: Ein Durchschnittsvorstoss kostet 5314 Franken. **Seite 4**

Beim Dählhölzli-Lift fehlt der Notausgang

Dählhölzli Der Tierpark soll einen Lift vom Aareufer zum Vivarium bekommen. Im Mai wurde er vorgestellt, doch Ende August merkten die Zuständigen: Das Projekt ist illegal, der Notausstieg fehlt. Es verzögert sich. **Seite 5**

Schöner wohnen neben dem Bundeshaus

Stadt Bern Einst sorgte die denkmalgeschützte Liegenschaft am Münzrain für Aufruhr, jetzt werden die sanierten Wohnungen im Haus neu vermietet. Erster Mieter: ein Mitglied der Landesregierung. **Seite 5**

Die Friedhofkatze hat sich zurückgezogen

Köniz Während Jahren schlich Miggeli auf dem Friedhof umher und spendete den Menschen Trost. In den letzten Monaten liess sie sich nicht mehr blicken. Die Leute machten sich Sorgen. Aber Miggeli lebt noch. **Seite 7**

Was Sie wo finden

Unterhaltung	20
Forum	27
TV/Radio	30/31

Anzeigen

Immobilienmarkt	26
Todesanzeigen	28

Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abo-Service	0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktionen	
Burgdorf	034 409 34 34
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



YB liegt nach klarem Sieg im Fahrplan



Fussball YB hatte mit CSKA Sofia keine Probleme und siegte 3:0. Mambimbi (rechts) traf zweimal, Sulejmani einmal, die Tore fielen in der ersten halben Stunde. Die Berner haben in der Europa League aus drei Spielen vier Punkte gesammelt und befinden sich auf Kurs Richtung K.-o.-Phase. (stü) **Seite 17** Foto: Raphael Moser

Teure Klimademo auf dem Bundesplatz

Bern Die Räumung des Klimacamps auf dem Bundesplatz hat Kosten von mehreren Hunderttausend Franken verursacht. Das geht aus der Antwort des Berner Gemeinderats auf eine kleine Anfrage von Stadtrat Erich Hess (SVP) hervor. Die Kantonspolizei habe für ihren Einsatz während des Klimacamps vom September 426'375 Franken und 60 Rappen aufgewendet, schreibt die Stadt-

regierung in ihrer Antwort. Der Betrag sei im Pauschalvertrag der Stadt Bern mit der Polizei enthalten und werde nicht zusätzlich verrechnet.

Umstritten ist, wie viel die Regierung von der Aktion gewusst hat. Sie räumt ein, dass sie im Besitz einer E-Mail gewesen sei. Dort wurde sie offenbar von den Klimaaktivisten an der Nase herumgeführt. (sda) **Seite 6**

Pornoseiten zeigten Bilder aus dem Marzili

Stadt Bern Tausende Menschen tummeln sich an einem warmen Sommertag im Freibad Marzili. Eine junge Frau hat nun entdeckt, dass viele davon heimlich fotografiert worden sind und die Bilder anschliessend – ohne ihr Wissen – auf Pornoseiten landeten. Über 2000 Bilder fasste der entsprechende Ordner der Pornoseite, die Bilder wurden über 13'000-mal aufgerufen.

Zivilrechtlich handelt es sich dabei um schwere Persönlichkeitsverletzungen. Doch dagegen vorzugehen, sei schwierig. Das sagt der Anwalt Alexander Kernen. Das liege zum einen an der Anonymität und zum anderen an der Internationalität des Internets. Trotzdem: Die junge Frau konnte inzwischen erreichen, dass die Bilder von den Pornoseiten verschwanden. (lea) **Seite 6**

Der Durchmarsch der Demokraten misslang

USA Etwas war nach den Wahlen in den USA gestern klar: Die blaue Welle – ein Erdrutschsieg der Demokraten um Joe Biden gegen die Republikaner um Donald Trump – ist ausgeblieben. Im Repräsentantenhaus verloren die Demokraten zwar nicht die Mehrheit, aber Sitze, im Senat gelang es ihnen nicht, die Mehrheit zu erobern.

Bei den Präsidentschaftswahlen holte Joe Biden zwar so viele Stimmen wie kein anderer Kandidat je. Doch das Rennen zwischen Donald Trump und ihm in den Staaten, wo die Wahl entschieden wird, blieb gestern bis Redaktionsschluss eng. Während das Team um Joe Biden Zuversicht markierte, begannen innerhalb der Demokratischen Partei bereits wieder die Flügelkämpfe. (mhg) **Seite 10, 11, 12+14**

ANZEIGE

Weil unser Handeln globale Konsequenzen hat.

Ja zur Konzernverantwortungs-Initiative

Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative



Spezialisten widersprechen sich im Fall

Verschmutzter Lötschberg-Schotter Führte teils giftiger Altschotter zum Fischsterben im Blausee? Zwei Gutachten – vom Berner Geologen Hans Rudolf Keusen und vom Geologiebüro Geotest – kommen zu komplett unterschiedlichen Schlüssen.

Marius Aschwenden

Der Öffentlichkeit ist Hans Rudolf Keusen (79) vor allem aus Fernsehsendungen und Zeitungen ein Begriff. Der renommierte Berner Geologe wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten von Journalisten immer wieder um Einschätzungen zu verschiedenen Themen gebeten – von den Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Alpen bis hin zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen.

In der Geologie- und Ingenieurszene ist Keusen zudem untrennbar mit dem Büro Geotest verbunden. Hans Rudolf Keusen war Geotest und Geotest war Hans Rudolf Keusen. Er baute dort ab den 1970er-Jahren die geologische Abteilung auf, die zum späteren Steckenpferd des Büros wurde. Jahrelang war er Geschäftsleiter und Verwaltungsrat. Geotest wurde in dieser Zeit zu einem der bedeutendsten Geologiebüros der Schweiz. Auch nach Keusens Pensionierung 2006 blieb er dem Unternehmen verbunden und führte seine Mandate dort weiter.

Dann kam der Fall Blausee.

Zuerst Steinbruch, dann Blausee

Seit 2018 saniert die Firma Marti den Lötschberg-Scheiteltunnel im Auftrag der BLS. Das Unternehmen baut im 14,6 Kilometer langen Tunnel eine Betonfahrbahn ein. Das dabei anfallende teilweise giftige Aushubmaterial wird von Vigier verarbeitet. Recherchen dieser Zeitung zeigten Mitte September allerdings, dass 1000 Tonnen davon illegal im Steinbruch Mitholz deponiert worden waren.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass im nahegelegenen Naturpark Blausee in den letzten zwei Jahren Zehntausende Forellen gestorben waren. Sie wiesen Vergiftungserscheinungen auf. Die Berner Staatsanwaltschaft untersucht nun, ob es zwischen dem Fischsterben und dem deponierten Material einen Zusammenhang gibt.

Für die prominenten Besitzer des Blausees – Ex-Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand, Globetrotter-CEO André Lüthi und Swiss-Economic-Forum-Gründer Stefan Linder – ist dieser gegeben. Um ihre Vermutungen hydrologisch und geologisch abklären zu lassen, engagierten sie Hans Rudolf Keusen.

Er kennt das Gebiet im Kandertal gut. 1989 führte Keusen umfangreiche Grundwasseruntersuchungen in der Region durch. Anschliessend beriet er die Steinbruchbetreiberin und das Hartschotterwerk SHB Blausee-Mitholz während Jahren. Sein Auftrag: eine Trübung des Blausees und eine Verschmutzung des Grundwassers durch den dortigen Abbaubetrieb zu verhindern.

Und jetzt also – nachdem es allenfalls tatsächlich zu einer Verseuchung des Naturidylls und der dortigen Fischzucht kam – arbeitet Keusen für die Blausee AG. Nur: Das Büro Geotest und damit seine früheren Kollegen sind nach wie vor für

Ich bin überzeugt, dass das ein Umweltskandal par excellence ist. So etwas darf nicht ungeahndet bleiben.»

Hans Rudolf Keusen
Geologe

die Betreiberin des Steinbruchs tätig. Heute ist diese im Besitz der Vigier-Gruppe.

Persilschein für Steinbruch

Seit Freitag liegen zwei unterschiedliche Gutachten zum Fall Blausee vor. Eines von Keusen und eines von Geotest. Eines im Auftrag der Blausee AG und eines im Auftrag von Vigier. In beiden geht es um die Frage, ob nun tatsächlich Gift ins Grundwasser und damit in den Blausee und die Fischzucht gelangt ist oder nicht. Die Schlussfolgerungen könnten unterschiedlicher nicht sein. Doch der Reihe nach.

Im Juli, nachdem das Amt für Abfall des Kantons Bern (AWA) auf Intervention der Blausee-Besitzer hin die illegalen Aktivitäten in der Kiesgrube gestoppt hatte, erhielt Geotest von Vigier den Auftrag, ein Gutachten über die dortige hydrogeologische Situation und die Ablagerungen aus dem Lötschbergstunnel zu erstellen. Im September wurde dieses fertiggestellt.

Die Spezialisten kamen zu folgenden Schlüssen:

— Die bewilligte Abbaquote wurde vom Steinbruch eingehalten, das Grundwasser nicht offengelegt. Das würden die Daten der Messstellen auf dem Areal zeigen. Die Wassereintritte würden durch Wasser der Kander gespeist, das seitlich durch den Untergrund zufliesse.

— In der Kiesgrube wurde nur «unverschmutzter Schotter» aufbereitet. Durch den Konzentrationseffekt bei der Siebung in eine Grob- und eine Feinfraktion war Letztere allerdings «schwach belastet». Diese wurde vor Ort deponiert. Eine Gefährdung des Grundwassers durch diese schwache Verschmutzung sei jedoch ausgeschlossen.



Im Steinbruch könnte noch immer giftiges Material liegen: Geologe Hans Rudolf Keusen zweifelt am Sauberkeitsnachweis der Geotest. Foto: Susanne Keller

— Auf Anweisung des AWA sei «sämtliches verschmutztes Material» entfernt worden, der «Sauberkeitsnachweis» damit erbracht. Dies hätten Sohlenproben in den betroffenen Bereichen ergeben.

Hans Rudolf Keusen in der Zwickmühle

Mitte Oktober reagierte Stefan Linder im Namen der Blausee-Besitzer mit einer Medienmitteilung. Er bezeichnete den Geotest-Bericht darin als Parteigutachten und wies auf verschiedene mutmassliche Fehler hin. Und kündigte ein Gegengutachten von Hans Rudolf Keusen an.

Keine einfache Situation, wie dieser heute sagt. «Manche der heutigen Mitarbeiter von Geotest habe ich selber angestellt. Ich habe gute Kontakte dorthin.» Trotzdem hat sich Keusen dafür entschieden, sich zum Blausee zu äussern. «Mir geht es um die Sache. Ich bin überzeugt, dass das ein Umweltskandal par excellence ist. So etwas darf nicht ungeahndet bleiben», sagt er. Aber klar, es sei unangenehm, dass ausgerechnet er diejenige Person sei, die nun den Geotest-Bericht infrage stelle.

Keusen kritisiert vor allem folgende Punkte:

— Die Geotest präsentiere ein falsches Grundwassermodell.

Kein Wort verliert Geotest über die spezielle Situation mit Hans Rudolf Keusen, der das Büro seinerzeit aufgebaut hat.

Mit Verweis auf die Grundwasserkarte des Kantons kommt Keusen zum Schluss, dass im Steinbruch zu tief abgebaut wurde und das Grundwasser selbstverständlich freigelegt wurde. Er stützt sich dabei auch auf Fotos, die einen See direkt neben der Stelle zeigen, wo der Schotter bearbeitet wurde. Es handle sich dabei zweifelsfrei um Grundwasser, entsprechend gross sei die Gefahr einer Verschmutzung gewesen. Zudem würde es in diesem Bereich gar keine Messstellen geben.

— Der Altschotter aus dem Tunnel sei für die Beprobung nicht fachgerecht entnommen und nicht auf Schwermetalle

Regierung sieht keinen Handlungsbedarf

Trotz laufendem Strafverfahren musste sich auch die Regierung mit dem Fall Blausee auseinandersetzen. In einer Motion forderten die im Kandertal wohnhaften Grossräte Ernst Wandfluh und Kurt Zimmermann (beide SVP) eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse. Sie verlangten zudem vom Kanton, dass dieser mittels Kontrollen die Sicherheit der Umwelt gewährleisten und seine Lehren aus den Vorkommnissen ziehe.

In ihrer Antwort schreibt die Regierung, dass auch sie

eine Aufklärung befürworte und dafür das Strafverfahren am besten geeignet sei. Aufgrund von verschiedenen Wasser- und Feststoffanalysen gehe der Kanton aber momentan nicht davon aus, dass die Umwelt gefährdet gewesen sei. Zudem verweist die Regierung auch auf den Geotest-Bericht. «Neue Erkenntnisse aus der laufenden Strafuntersuchung» seien allerdings abzuwarten.

Die Regierung ist sich keiner eigenen Fehler bewusst. Nach

dem Bekanntwerden der Schotteraufbereitung habe das zuständige Amt für Wasser und Abfall (AWA) sofort gehandelt. Auch im Bewilligungsprozess habe der Kanton seine Rolle korrekt wahrgenommen. Handlungsbedarf bestehe deshalb nicht.

Nicht erwähnt wird in der Antwort auf die Motion allerdings, dass das AWA bei der Beurteilung des Entsorgungskonzepts der Bauunternehmen des Steinbruchs Mitholz als Zwischenlagerplatz übersehen hat. (mab)



Hier wurde der Schotter verarbeitet: In der Bildmitte ist die Siebanlage auf dem Steinbruchgelände ersichtlich. Foto: PD

Blausee



untersucht worden. Entsprechend sei dieser womöglich als zu sauber eingestuft worden. Das zeige unter anderem eine Wasserprobe, die in einem Rinnsal am Fuss des Altschotterkegels durch die Blauser AG in der Kiesgrube genommen wurde. Diese wies erschreckend hohe Werte an Giftstoffen auf.

— Dort, wo der mutmassliche Grundwassersee existierte und gemäss Videoaufnahmen ebenfalls Material aus dem Tunnel abgelagert wurde, wurden keine Proben genommen. Dies fand nur in anderen Bereichen statt. Etwa in jenem Bereich, wo der Schotter aufbereitet oder der Feinanteil gemäss Aussagen der Steinbruchbetreiberin deponiert worden ist. Deshalb könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich noch immer schmutziges Material in der Grube befinde.

Geotest weist Vorwürfe zurück

Zwei Gutachten also, zwei komplett unterschiedliche Beurteilungen. Geotest wollte die Fragen dieser Zeitung nicht beantworten. Stattdessen versendete das Unternehmen am Donnerstag nachmittag eine allgemeine Stellungnahme. Darin bezeichnet dieses den Bericht von Keusen ebenfalls als «Parteiutachten». Die darin vorgebrachten Vorwürfe bestreitet die Geotest AG.

Die Arbeiten seien zwar im Auftrag der Steinbruchbetreiberin erfolgt, jedoch «unter Anleitung» des kantonalen Amts für Wasser und Abfall. Das Büro weist zudem daraufhin, dass seit Anfang Oktober zusätzlich verschiedene «Grundwasser- und Oberflächenwasserstellen» beprobt würden. Ein erster Zwischenbericht dazu sei Ende Jahr zu erwarten.

Kein Wort verliert Geotest über die spezielle Situation mit Hans Rudolf Keusen, der das Büro seinerzeit aufgebaut hat. Ebenfalls keinen Kommentar gibt es zur Tatsache, dass das eigene Gutachten offenbar auch intern nicht unumstritten ist, wie diese Zeitung weiss.

Vigier wies bereits im September sämtliche Vorwürfe zurück. Im Steinbruch sei kein verschmutzter Aushub, sondern nur unbedenkliches Material aufbereitet worden. Das sei unter strenger behördlicher Kontrolle erfolgt. Man sei deshalb davon ausgegangen, es sei erlaubt. Zu keinem Zeitpunkt seien Menschen oder Tiere in Gefahr gewesen oder Schadstoffe ins Grundwasser gelangt.

Wer tatsächlich recht hat – Keusen oder Geotest –, müssen die Strafbehörden klären. Um das zu beurteilen, sind jedenfalls bereits zusätzliche Untersuchungen von einem bisher unbeteiligten Geologiebüro vorgesehen.

«Der Bund muss erneut die ausserordentliche Lage ausrufen»

Regierungsrat schlägt Alarm Der Berner Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann hält die vom Bundesrat vorgeschlagenen Hilfen für unbrauchbar. Er fordert Sofortlösungen.

Christoph Ammann, der Bundesrat will für Härtefälle – also Firmen, die durch die Pandemie besonders stark betroffen sind – 200 Millionen Franken bereitstellen. Reicht dieser Beitrag aus?

Nein, nicht einmal ansatzweise. Der Finanzrahmen, wie er diese Woche vom Bundesrat definiert worden ist, wäre bloss ein Tropfen auf den heissen Stein. Bei dieser Lösung würden den Berner Unternehmen – gemäss dem vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel – gut 23 Millionen Franken zukommen. Wenn wir diesen Betrag mit unseren eigenen Mitteln noch verdoppeln würden, kämen wir auf knapp 50 Millionen Franken. Das ist ein Betrag, mit dem wir den definierten Anspruchsgruppen – und da sprechen wir bloss vom Tourismus, der Event- und der Reisebranche – knapp einen Monat lang die Fixkosten bezahlen könnten. Das reicht hinten und vorn nicht aus. Es gibt aber noch ein weiteres Problem.

Das wäre?

Unter diesen Härtefällen gibt es Betriebe, die Soforthilfe erwarten. Das heisst Auszahlungen noch in diesem Jahr. Diese Bundesvorlage lässt das gar nicht erst zu. Selbst wenn die Verordnung per 1. Dezember in Kraft gesetzt würde, wäre es ausgeschlossen, dass irgendein Kanton noch dieses Jahr eine Auszahlung tätigen könnte. Wir müssten von heute auf morgen eine Vollzugsorganisation aus dem Boden stampfen, Bezugs-kriterien definieren und dann auch noch die Gesuche prüfen. Eine weiteres Problem ist, dass die kantonalen Regelungen vom Bund zuerst noch genehmigt werden müssen. Es ist also ein sehr träges und langsames Instrument.

Das klingt, als könnte man die Übung bereits wieder abbrechen. Was sehen Sie für Alternativen?

Mittelfristig kann man mit dem Instrument schon arbeiten. Aber unmittelbar erzielt es keine Wirkung. Es braucht jetzt Instrumente, die sofort greifen. Das bedeutet für mich, dass der Bund die Covid-Kreditlösungen vom Frühling wieder aktivieren muss. Der Bundesrat müsste erneut die ausserordentliche Lage ausrufen. Das ist aus meiner Sicht die einzige realistische Alternative, um die Wirtschaft wiederum genügend rasch mit der nötigen Liquidität zu versorgen, so wie im Frühling. Denn wenn wir jetzt nichts machen, werden die Folgeschäden enorm sein.

Das erneute Ausrufen der ausserordentlichen Lage wäre aber ein dramatischer Schritt.

Um wirtschaftspolitisch die Verantwortung zu übernehmen und rasche Hilfe zu gewährleisten, sehe ich kurzfristig leider keine andere Lösung. Wir stehen auch gesundheitspolitisch vor Herausforderungen, die eine ausserordentliche Lage rechtfertigen würden. Derzeit sind wir in der Schweiz nicht bereit, kantonsübergreifend genügend Spital-

betten zur Verfügung zu stellen, damit wir für einen weiteren Anstieg der Fallzahlen gewappnet sind. Es gibt heute immer noch Kantone, wo in Spitälern elektive Eingriffe vorgenommen werden, während andere schon komplett überlastet sind.

Glauben Sie nicht, dass der Bundesrat befürchtet, mit dieser Massnahme Panik zu schüren?

Das weiss ich nicht. Diese Frage müssten Sie dem Bundesrat stellen. Wie gesagt, in der jetzigen Situation gibt es gute Gründe, sowohl aus wirtschaftlicher wie auch gesundheitspolitischer Perspektive, dass der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausruft und in die Verantwortung geht. Nur er kann mit dem nötigen Tempo und der erforderlichen Wirkung handeln.

Ist sich denn der Bundesrat des Handlungsbedarfs in der Wirtschaft zu wenig bewusst?

Wir erleben eine der schwersten Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Dessen ist sich sicherlich auch der Bundesrat bewusst. Derzeit stehen aber keine Lösungen parat, die für diese Krise wirkungsvoll sind – vor allem nicht im erforderlichen Tempo. Die vorliegende Härtefallregelung entspricht einer Lagebeurteilung aus dem Spätsommer. Damals ging man davon aus, dass die Schweiz sich mit einer kleinen zweiten Welle in den Winter retten kann. Diese Annahme war – das wissen wir mittlerweile alle – komplett falsch. Wir müssen uns jetzt mit Szenarien befassen, in der uns die zweite Welle mit voller Wucht trifft – und das mit hohen Fallzahlen, bis in den Frühling hinein.

Gibt es denn neben den bereits erwähnten Branchen noch



Der Berner Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP). Foto: Keystone

«Wir erleben eine der schwersten Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Dessen ist sich sicherlich auch der Bundesrat bewusst.»

Christoph Ammann

andere Wirtschaftszweige, bei denen Konkurse drohen?

Beim Ausarbeiten der Härtefallregelung hatte man vor allem Unternehmen auf dem Radar, die durch staatliche Einschränkungen in Folge des Lockdown betroffen waren. Im Kanton Bern, dem grössten Industriekanton der Schweiz, zeigt sich aber, dass auch die Industrie schwer angeschlagen ist. Viele dieser Unternehmen leben derzeit von ihren Reserven, weil keine neuen Aufträge mehr reinkommen. Trotz Kurzarbeitsentschädigung werden diese Firmen die aktuelle Situation nicht mehrere Wochen und Monate überleben. Wir sind also wieder in derselben wirtschaftlichen Krise wie im Frühling. Der Bund ist deshalb in einer grossen wirtschaftspolitischen Führungsverantwortung. Natürlich stehen auch die Kantone in der Pflicht, sich anteilmässig im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten zu beteiligen.

Kann es sich der Kanton Bern mit seinen knappen finanziellen Mitteln überhaupt leisten, Geldspritzen an

angeschlagene Unternehmen zu verteilen?

Das ist sowohl eine rechtliche als auch finanzielle Frage. Ausserhalb des Härtefallartikels im kantonalen Wirtschaftsförderungsgesetz gibt es derzeit gar keine Gesetzesgrundlage, die Notzahlungen an Unternehmen erlauben würde. Was die Kantonsfinanzen betrifft, liegt dem Parlament für das nächste Jahr ein Budget vor, das mit unserer Schuldenbremse nicht konform ist. Auch der Finanzplan rechnet in den nächsten vier Jahren mit tiefen Zahlen. Nur wenn die Schuldenbremse ausgesetzt wird, kann der Kanton Bern einen substanziellen Beitrag leisten. Und es geht auch nur, wenn der Bund sich anteilmässig stärker engagiert. Ich könnte mir etwa vorstellen, dass der Bund 80 Prozent der Mittel zur Verfügung stellt und die Kantone die anderen 20 Prozent. Dabei sprechen wir aber nicht von 200 Millionen Franken für alle 26 Kantone, sondern von mehreren Milliarden.

Könnte nicht auch der Kanton Bern von sich aus etwas für die Unternehmen tun?

In anderen Kantonen wurde etwa eine gesetzliche Mietzinsreduktion für die Lockdown-Zeit erarbeitet.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es für all diese Fragen Lösungen auf Bundesebene braucht. Ob das nun Mietzinsreduktionen, A-fonds-perdu-Beiträge oder Kredite sind. Es gibt sonst immer Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Kantonen und Trittbrettfahrerkantone, die vorangehen. Kantonale Lösungen sind auch ungerecht, weil die Betroffenheit durch die Pandemie völlig unterschiedlich ist. Die Westschweiz ist zurzeit viel stärker betroffen als die Deutschschweiz, auch die Einschränkungen für die Wirtschaft sind dort viel gravierender. Die Härtefallregelung, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen wird, würde diesen Effekt sogar noch verstärken. Jene Kantone, die am meisten unter der Pandemie leiden, tragen bei dieser Lösung die höchsten Kosten. Dies gefährdet den Zusammenhalt in unserem Land.

Quentin Schlapbach

978 neue Fälle im Kanton

Wie der Kanton Bern am Donnerstag auf seiner Homepage bekannt gibt, stieg die Gesamtzahl laborbestätigter Corona-Infektionen auf 17'149 an. Das sind 978 Fälle mehr als noch am Mittwochmorgen. Im selben Zeitraum sind zwei Berner Covid-Patienten verstorben.

Im Spital befanden sich am Donnerstagmorgen 346 Personen, das sind drei mehr als am Vortag. Davon mussten 43 auf der Intensivstation gepflegt werden, was einen leichten Rückgang (-2) darstellt. Bei 36 Covid-Patienten steht ein Beatmungsgerät im Einsatz (+1), damit sind etwa 50 Prozent der Beatmungsplätze belegt. (mb/pd)